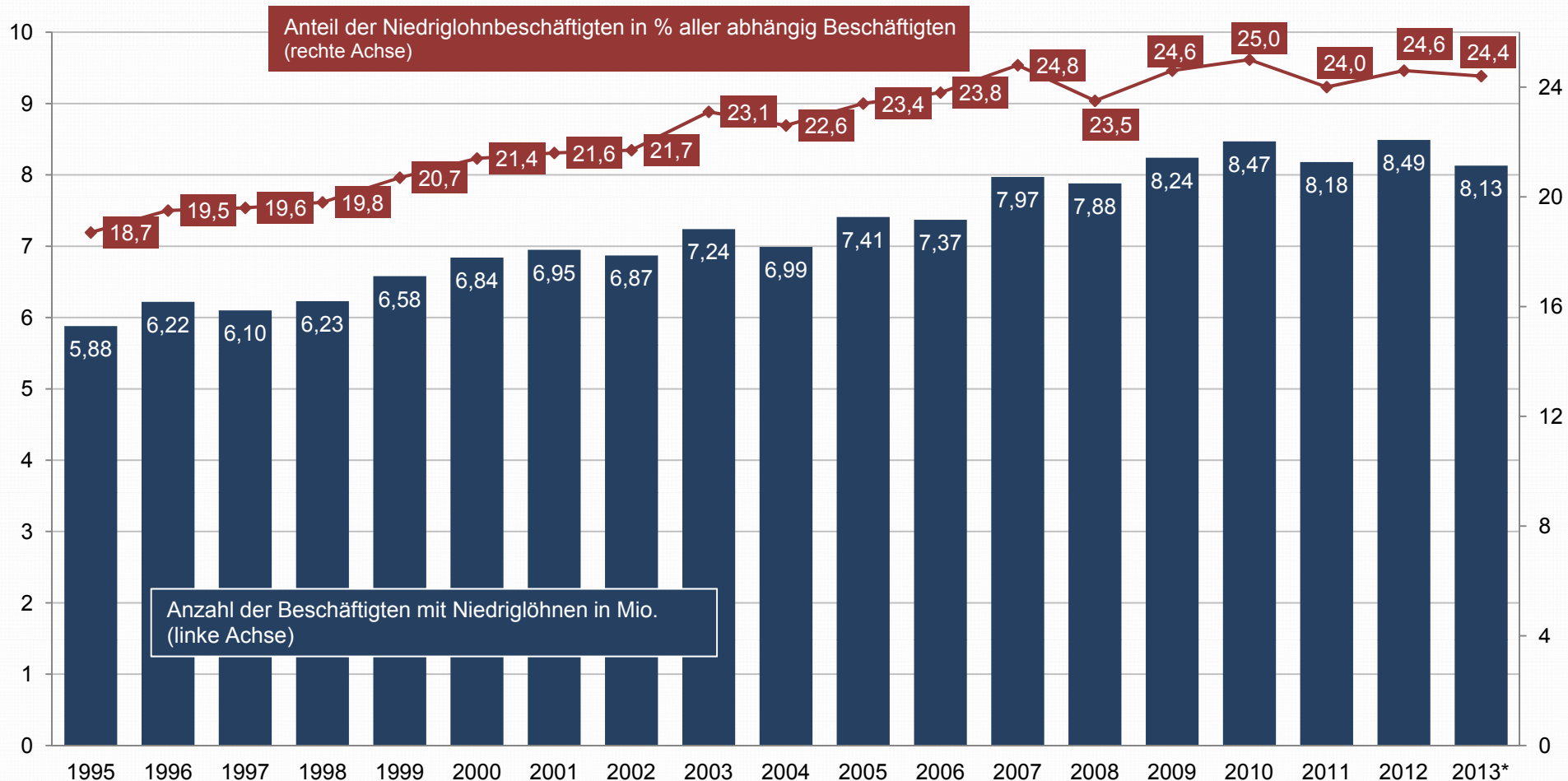


Niedriglohnbeschäftigung¹⁾ in Deutschland 1995 - 2013

in Mio. und in %



1) Niedriglohnschwelle: Zwei Drittel des mittleren Stundenlohns (Median).
 Einheitliche Niedriglohnschwelle alte u. neue Bundesländer, inkl. Schüler, Studierende, Rentner

* Die Absolutzahl für 2013 ist wegen der Umstellung der Hochrechnung auf einen neuen Zensus mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar.

Quelle: Kalina, Th., Weinkopf, C, Niedriglohnbeschäftigung 2013, IAQ-Report 03/2015. Datenbasis SOEP

Niedriglohnbeschäftigung 1995 - 2013

Nahezu ein Viertel aller Beschäftigten in Deutschland (24,4 Prozent) arbeitet 2013 im Niedriglohnsektor. Als Niedriglöhne gelten Bruttoarbeitsentgelte in der Stunde, die niedriger liegen als zwei Drittel des durchschnittlichen Stundenlohnes (Median). Seit 1995, dem Beginn der Analyse, zeigt sich ein starker Anstieg; seit 2006 verharrt die auch im internationalen Vergleich sehr hohe Quote auf einem konstanten Niveau. Diese Konstanz des Anteilswertes verdeckt jedoch, dass die absoluten Beschäftigtenzahlen mit Niedriglöhnen weiter zugenommen haben. 2012 arbeiteten nahezu 8,5 Mio. Personen (einschließlich Rentner sowie Schüler und Studierende) zu einem Stundenlohn von weniger als 9,30 Euro (Niedriglohnschwelle für Gesamtdeutschland). 2013 sinkt die Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten zwar leicht auf 8,13 Mio., allerdings ist dieser Wert nicht mit den Vorjahren vergleichbar (siehe Methodische Hinweise).

Bei den Betroffenen handelt es sich nicht um eine homogene Gruppe: Ein besonders hohes Risiko, so wenig zu verdienen, haben Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen (vgl. [Abbildung III.33](#)).

Für diese Entwicklung sind mehrere Faktoren verantwortlich, so vor allem die Deregulierung von Produktmärkten, die Ausweitung des durch Kleinbetriebe dominierten Dienstleistungssektors, die rückläufige Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften und Betriebsräten und die Erosion der Tarifbindung, in den alten Bundesländern (vgl. [Abbildung III.6](#)) und vor allem in den neuen Bundesländern (vgl. [Abbildung III.9](#)). Zudem ist die Ausweitung von Niedriglöhnen durch die sog. Hartz-Reformen verstärkt und beschleunigt worden. Vor allem zwischen 2002 und 2007 lässt sich ein besonders deutlicher Anstieg des Niedriglohnanteils feststellen. Der Druck ist gestiegen, eine Arbeit zu den auch schlechtesten Konditionen anzunehmen – vor allem im Bereich atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Mini-jobs), in denen Niedriglöhne stark verbreitet sind.

Als problematisch macht sich bemerkbar, dass es in Deutschland keinen flächendeckenden Mindestlohn gibt. Während in den meisten EU-Ländern gesetzliche Mindestlöhne der Ausdifferenzierung des Lohnspektrums nach unten Grenzen setzen, ist dies in Deutschland (abgesehen von den wenigen Branchen, in denen branchenbezogene Mindestlöhne gelten, vgl. [Abbildung III.4a](#)) bislang nicht der Fall.

Methodische Hinweise

Niedriglöhne werden als Stundenlöhne ausgewiesen, da Wochen- oder Monatsverdienste durch die unterschiedlichen Formen von Teilzeitarbeit verzerrt werden. Bei einer Berücksichtigung allein von Vollzeitbeschäftigten würden aber die gerade bei Teilzeitarbeit verbreiteten Niedriglöhne außer Acht gelassen. Der Schwellenwert des Niedriglohns liegt bei 9,14 Euro im gesamtdeutschen Durchschnitt bzw. – wenn regional getrennte Schwellen berechnet werden - bei 9,55 Euro in den alten und bei 7,11 Euro in den neuen Bundesländern.

Die vorliegende Berechnung des Instituts Arbeit und Qualifikation beruht auf den Daten des „Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)“. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Wiederholungsbefragung von über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten. Gefragt wird u.a. nach Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gesundheit. Durch das Paneldesign der Befragung ist es möglich, langfristige soziale und gesellschaftliche Trends zu verfolgen.

Absolutzahlen für das Jahr 2013 sind wegen der Umstellung der Hochrechnung auf einen neuen Zensus mit den Vorjahreswerten nicht vergleichbar. So hat sich etwa die Zahl der Personen in privaten Haushalten von 81 Millionen im Jahr 2012 auf 80 Millionen verringert.